

Eine starke LINKE für ein soziales Land

Wenige Tage vor dem Wahlsonntag schließt sich der Kreis. Die Kanzlerin fährt zum G20-Gipfel nach Pittsburgh. Dort sollen Lehren aus der schlimmsten Finanzkrise seit 80 Jahren gezogen werden. Wenige Tage zuvor erinnern die Minister Steinbrück und Guttenberg bei „Anne Will“ gemeinsam daran, dass da noch eine Zeche zu begleichen ist. Guttenberg kündigt an: „Wir werden auf das eine oder andere Liebgewonnene verzichten müssen!“ Offen gelassen habe beide einstweilen, was sie damit gemeint haben.

Ein Jahr nach dem Beinahe-Zusammenbruch des weltweiten Geldsystems hat der Schock nachgelassen und an den Finanzmärkten sind alte Gewohnheiten zurückgekehrt. Die Forderungen aus der Finanzbranche, profitable Geschäfte nicht durch strengere Regeln zu stören, finden wieder immer mehr Gehör. War nach der Lehmann-Pleite viel von der Krise des Kapitalismus und von Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft die Rede, so spielt die Frage, wie das Wirtschaftssystem der Zukunft aussehen soll, in Pittsburgh schon keine Rolle mehr. Ackermann und andere stellen längst wieder die Renditen über alles andere und propagieren maximale Gewinne.

Die günstigste Gelegenheit, gegen die hemmungslosen Profitinteressen der Finanzbranche neue Regeln durchzusetzen, haben die herrschenden Politikerinnen und Politiker hierzulande und anderswo mit Debatten über die Begrenzung von Gehaltsexzessen und Banker-Boni vertan. Jetzt sagt Angela Merkel, dass keine Bank wieder so stark werden dürfe, dass sie Staaten erpressen könne. Als es darauf ankam, hat sie der Commerzbank nicht nur die Staatshilfen gewährt, um die Dresdner Bank zu kaufen, sondern auch auf jede Einflussnahme auf die Geschäftspolitik verzichtet. Ein paar Wochen vor dem Wahltag entdeckten Peer Steinbrück und die SPD die „Börsenumsatzsteuer“ – warum erst, als es viel zu spät ist, um sie ernsthaft in die Vorbereitung des G20-Gipfel einzubringen? Damit am Tage danach gesagt werden kann: Wir haben es versucht, aber die anderen wollten nicht...

Die Zeche für die große Umverteilung

Um Banken zu retten und die Wirtschaftskrise zu mildern, haben die Regierungen weltweit hunderte Milliarden an Schulden angehäuft, die von den Bürgerinnen und Bürger viele Jahre lang abbezahlt werden müssen. Allein in den Industriestaaten

könnten, schätzt die OECD, 25 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Allein in Deutschland fehlen Bund, Ländern und Gemeinden in den nächsten vier Jahren nach offiziellen Schätzungen mindestens 315 Milliarden Euro. Diese Löcher müssen gestopft werden.

Nicht in einem linken Szeneblatt, sondern in der größten Tageszeitung Deutschlands, der Süddeutschen, ist dieser Tage zu lesen: „Es hat eine große Umverteilung stattgefunden: Vom Entstehen der Finanzblase profitierte eine kleine Gruppe. Die Kosten der Katastrophe müssen dagegen viele Menschen tragen.“

Wenn Guttenberg den Verzicht auf „Liebgewonnenes“ ankündigt, dann meint er nicht die niedrigen Steuersätze für Unternehmen, dann meint er nicht die fehlende Steuer auf Vermögen, dann meint er nicht die fehlende Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, dann meint er nicht die löcherigen Regelwerke gegen Kapital- und Steuerflucht. Dann meint er nicht, dass die Profiteure der Finanzspekulation und Verursacher der Krise für die Krisenkosten zahlen sollen. Er meint vielmehr: die „liebgewonnenen“ Rentensteigerungen, die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Er hat womöglich im Sinn, die Hartz IV-Regelsätze um 30 Prozent zu kürzen, wie es schon der Wunschpartner FDP forderte. Gemeint ist, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und Steuer„subventionen“ für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu streichen – etwa die teilweise Steuerfreiheit von Nachtarbeitszuschlägen oder die Pendlerpauschale.

Wenige Tage vor dem Wahltag wird klar:

Banken wurden mit Steuergeldern ohne Gegenleistung aus ihrer selbstverschuldeten Krise gerettet. Ein neues Regelwerk für die Finanzmärkte wird weder mit FDP und CDU noch mit Grünen und SPD kommen. Bezahlen müssen dafür Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Arbeitslose mit öffentlichen Diensten, sozialen Leistungen und Lohneinkommen. All das soll geopfert werden.

Nur eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für klare Regeln für die Finanzbranche. Nur eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für den Erhalt der sozialen Leistungen und gegen die weitere Umverteilung von unten nach oben.

Redaktionsschluss: 24. September 2009